

Erklärung des Kashag zum 64. Jahrestag der Tag des tibetischen Nationalaufstands

Heute ist der 64. Jahrestag des tibetischen Volksaufstands gegen die chinesische Besatzung im Jahr 1959, der 34. Jahrestag der Verhängung des ersten Kriegsrechts durch die Volksrepublik China im Jahr 1989 nach drei aufeinanderfolgenden jährlichen Massenprotesten in Tibets Hauptstadt Lhasa und der fünfzehnte Jahrestag der friedlichen Proteste in drei traditionellen Provinzen Tibets im Jahr 2008. Aus diesem ernsten Anlass gedenken wir unserer Landsleute, die ihr Leben für die Sache gegeben haben. Wir stehen in Solidarität mit ihren Familienangehörigen und denen, die immer noch unter der Unterdrückung durch die chinesische Besatzung leiden.

Wir heißen geschätzte Gäste herzlich willkommen, bestehend aus einer vierköpfigen Delegation des Europäischen Parlaments unter der Leitung von Herrn Mikuláš Peksa, einer dreizehnköpfigen parlamentarischen Delegation Mexikos unter der Leitung von Herrn Salvador Caro Cabrera, Mitglied der Tibet Support Groups, Herrn Arunas Valinskas, Mitglied des Parlaments, Litauen , Herr Damon Wilson, Präsident des National Endowment for Democracy. Wir danken ihnen von ganzem Herzen dafür, dass sie den weiten Weg gekommen sind, um an diesem wichtigen Gedenken als Geste ihrer politischen Unterstützung für das tibetische Volk teilzunehmen.

An diesem Tag vor 64 Jahren wurde Seine Heiligkeit der 14. Dalai Lama zu einer Theateraufführung im Hauptquartier der chinesischen Militärmee in Lhasa eingeladen. Entgegen der Tradition wurde Seiner Heiligkeit befohlen, an der Aufführung in Begleitung einer begrenzten Anzahl unbewaffneter Wachen teilzunehmen. Als diese Informationen das tibetische Volk erreichten, erhoben sie sich gemeinsam, um Seine Heiligkeit den Dalai Lama anzuflehen, nicht an der Aufführung teilzunehmen, und um gegen die repressive Politik der chinesischen Regierung in Tibet zu protestieren. Der Aufstand brach aus, da die Erinnerungen an die sogenannten demokratischen Reformen, die vor einigen Jahren in Kham und Amdo durchgesetzt wurden, noch lebhaft waren. Die Tibeter wurden gleichzeitig einer Landreform und einem Genossenschaftssystem unterworfen, indem ihr Land, ihr Vieh und ihre Produktionsmittel im Namen der Kollektivierung beschlagnahmt und die Steuern erhöht wurden. Im Namen der Religionsreform wurden Mönche und Nonnen gezwungen, ihre Roben abzulegen, und Klöster wurden zerstört. Als Tibeter protestierten, wurden Lamas und Laienführer durch Täuschung eingesperrt. Tibeter wurden massakriert und unterdrückt, indem man sie als Banditen und Rebellen bezeichnete. Die Tibeter wurden auch Zeugen, wie die Volksrepublik China und die chinesische Führung in Tibet etwa acht Jahre lang eklatant gegen die Bestimmungen des 17-Punkte-Abkommens verstoßen und vorsätzlich Programme durchgeführt haben, ohne das tibetische Volk zu konsultieren.

Der tibetische Nationalaufstand verhinderte den Besuch Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und anderer spiritueller und politischer Führer Tibets im chinesischen Armeelager und wendete damit das Schicksal des tibetischen Volkes. Bewacht von Tibets Göttern und Orakeln und eskortiert von Soldaten der nationalen Armee und der Chushi Gangdruk, der freiwilligen tibetischen Verteidigungstruppen, machte sich Seine Heiligkeit der Dalai Lama zusammen mit Ministern des Kashag sicher auf den Weg ins Exil, in die Freiheit, gefolgt von rund 80.000 Tibetern, einschließlich tibetischer Regierungsbeamter. Seitdem hat es für die Tibeter eine unerschütterliche Grundlage in ihrem Geist und Mut geschaffen, sich jedem Versuch der chinesischen Regierung zu widersetzen, die tibetische nationale Identität auszulöschen.

Die Invasion Tibets durch die chinesische kommunistische Regierung führte zum Tod von 1,2 Millionen Tibetern, zur Zerstörung von mehr als 6.000 Klöstern, zur Entwaldung und Zerstörung von Wildtieren und zur Ausbeutung von Bodenschätzen. Da die chinesischen Behörden keine Lehren aus

der immensen Zerstörung Tibets ziehen, wiederholen sie den Fehler und führen sogar blindlings schädliche Handlungen durch, um ihre Schuld zu verbergen.

In den 1980er Jahren brachte Deng Xiaoping bei der Umsetzung der Reform- und Öffnungspolitik seine strategischen Überlegungen zur Entwicklung auf der Grundlage von zwei Gesamtsituationen vor. Erstens, die östlichen Küstengebiete mit Hilfe der zentralen und westlichen Regionen zu erschließen und zu entwickeln. Zweitens tragen die Küstengebiete wiederum dazu bei, die Entwicklung der zentralen und westlichen Regionen zu beschleunigen, wenn sie Ende der 1990er Jahre ein Maß an Wohlstand erreichen. Zu Beginn des neuen Jahrtausends wurde jedoch das sogenannte Westchinesische Entwicklungsprogramm eingeführt. Das „Programm“ umfasste Projekte wie West-Ost-Stromübertragung, West-Ost-Gaspipeline, Qinghai-Tibet-Eisenbahn, Rückführung von Ackerland in Wald und Beweidung in Grasland, Infrastrukturentwicklung und so weiter. In Wirklichkeit handelt es sich um eine Kolonialpolitik, die darauf abzielt, die Ressourcen der westlichen Region auszubeuten und die nationale Sicherheit aufrechtzuerhalten, anstatt die Lebensgrundlage der lokalen Bevölkerung zu verbessern. Betrachtet man das Programm, das für einen angestrebten Zeitraum von fünfzig Jahren durchgeführt wird, gibt es kaum Projekte, die für Tibet und die Lebensgrundlagen der tibetischen Bevölkerung wirklich von Nutzen sind. Daher ist Deng Xiaopings strategisches Denken zur Entwicklung zu einem leeren Slogan geworden. Nicht nur das Wohlstandsgefälle zwischen China und Tibet, der tibetischen Region und den Tibetern ist größer geworden, Tibeter und Tibet sind heute nur noch romantische Objekte für wohlhabende Chinesen. Heute setzt sich Xi Jinping weiterhin für gemeinsamen Wohlstand ein, aber wie lange es dauern wird, bis er Wirklichkeit wird, kann niemand sagen.

Um das Gemeinschaftsgefühl der chinesischen Nation zu festigen, setzt die chinesische Regierung derzeit eine Politik einer Nation, einer Kultur, einer Religion und einer Sprache durch Sinisierung des tibetischen Buddhismus und Förderung der chinesischen Sprache in ganz Tibet um. Tibetische Kinder werden in ein riesiges Netzwerk von Kindergärten und Internaten im Kolonialstil gezwungen, um die chinesische Sprache und Lebensweise zu lernen. Die chinesische Regierung erzwingt in diesen Schulen eine assimilierende Sprachpolitik unter völliger Missachtung des allgemein anerkannten Bildungssystems und internationaler Menschenrechtsstandards. In einem Bericht vom 6. Februar dieses Jahres äußerten die unabhängigen Experten der Vereinten Nationen Besorgnis über die Politik der chinesischen Regierung, die darauf abzielt, über eine Million tibetische Kinder kulturell, religiös und sprachlich durch ein Internatsschulsystem zu assimilieren. Im sogenannten Tibet Statistical Year Book 2021 wurden im Jahr 2000 4.491 Vorschulkinder verzeichnet, was auf 23.419 im Jahr 2010 und 150.934 im Jahr 2020 stark angestiegen ist.

Um die Assimilation zu beschleunigen, werden Ehen zwischen Tibetern und Chinesen belohnt, um eine „Modellfamilie ethnischer Harmonie“ zu fördern. Ebenso werden Tausende von tibetischen Kindern in so genannte tibetische Schulen in chinesischen Gebieten geschickt. Im Namen der Arbeitsvermittlung erfolgt in großem Umfang ein Massentransfer junger Tibeter als überschüssige Arbeitskräfte in chinesische Gebiete. Die Zahl chinesischer Beamter und Arbeitsteams, die in die tibetischen Gebiete entsandt werden, nimmt massiv zu. Darüber hinaus wurden 5.570 tibetische Einwohner der Kreise Chone und Batse unter dem Vorwand des Dammbaus und des Wasserschutzes in ihren Regionen zwangsweise in den Kreis Guazhou in Jiuquan umgesiedelt. 2.257 Familien im Landkreis Drukchu wurden im Namen der Migration zum Schutz der Umwelt nach Lanzhou Xinqu umgesiedelt. Darüber hinaus sollen Tibeter in der Stadt Tsoe, den Kreisen Thewo und Chone umgesiedelt werden. 13.415 Anwohner wurden aufgrund von Wasserkraftprojekten des Ministeriums für Wasserressourcen an den Flüssen Gyalmo Ngulchu (Salween), Nyagchu (Yalong) und Zachu (Mekong) vertrieben. In ähnlicher Weise wurden mehr als 13.000 Tibeter in der Präfektur Ngaba umgesiedelt, und über 3.000 sollen umgesiedelt werden. Diese Massenumsiedlung von

Tibetern entspricht Stalins Politik der erzwungenen Umsiedlung von Millionen ethnischer Minderheiten über viele Jahrzehnte in den 1930er Jahren, die vom Obersten Sowjet der UdSSR am 14. September 1989 als illegal und kriminelle Akte erklärt wurden.

In ähnlicher Weise wurden über 100.000 tibetische Nomaden aus etwa zwanzig Bezirken in den Präfekturen Nagchu, Ngari und Shigatse in die Stadt Nr. 4 umgesiedelt, die in Sinburi im Bezirk Gongkar in der sogenannten Autonomen Region Tibet errichtet wurde. Es weckt ernsthafte Zweifel und Misstrauen, wie dieses Projekt den umgesiedelten Menschen eine nachhaltige Lebensgrundlage bieten wird und wofür ihr Heimatland genutzt wird.

Die chinesische Regierung kontrolliert im Namen der Bekämpfung des Separatismus und der Aufrechterhaltung der Stabilität jede Bewegung der Tibeter mit Maßnahmen, die drakonischer sind als zur Zeit der Kulturrevolution. Jede Stadt, jedes Dorf, jede Straße, jedes Weidegebiet und jedes Grasland wird ständig mit der neuesten Technologie durch das Grid Management System überwacht. Ab Februar dieses Jahres trat eine sogenannte Verordnung zur Netzwerk- und Informationssicherheit in der Autonomen Region Tibet in Kraft. Es beauftragte Regierungsstellen, staatliche und öffentliche Organe oberhalb der Kreisebene, Informationen im Internet zu überwachen und zu kontrollieren. Die Verordnung kriminalisiert sogar die Bildung und Teilnahme an Social-Media-Gruppen mit „separatistischen Kräften“. Die chinesische Regierung hat ihre Kampagne zur gewaltsamen Indoktrinierung von Tibetern, einschließlich Studenten, Nomaden, Bauern und sogar Mönchen und Nonnen, mit kommunistischer Ideologie intensiviert. Im Namen des Sozialmanagements werden großangelegte Datensammlungen von Tibetern durch DNA-Extraktion, Iris-Scan und Gesichtserkennung durchgeführt.

Im März letzten Jahres starb der 81-jährige Taphun, nachdem er sich aus Protest gegen die repressive Politik der chinesischen Regierung vor der Polizeistation in der Nähe des Kirti-Klosters im Nordosten Tibets selbst in Brand gesteckt hatte. Er wurde der 157. bestätigte und bekannte Tibeter, der sich seit 2009 in Tibet selbst verbrennt. Der Kashag appelliert erneut an die Tibeter, ihr Leben zu bewahren, um all ihre Energie für die Sache Tibets einzusetzen.

Äußerst besorgniserregende Berichte über das Verschwindenlassen und die außergerichtliche Inhaftierung von tibetischen Schriftstellern, Intellektuellen, Verfechtern der Sprache, Menschenrechts- und Umweltaktivisten und Personen, die sich gegen das Schlachten von Tieren einsetzen, tauchen weiterhin aus Tibet auf. Tibetische politische Gefangene werden bei angeschlagener Gesundheit freigelassen und unter ständiger Überwachung gehalten. Im vergangenen Juli starb Jigme Gyatso, ein ehemaliger politischer Gefangener, der während der pantibetischen Proteste 2008 festgenommen worden war, an schlechter Gesundheit. Ein weiterer ehemaliger politischer Gefangener, Geshe Tenzin Passang, der 2012 zu einer Gefängnisstrafe verurteilt worden war, starb im vergangenen September. Berichten zufolge wurde ein Tibeter von der chinesischen Polizei zu Tode geprügelt, weil er angeblich Lebensmittel zu einem Altersheim getragen hatte. Tibeter werden zu Tode geprügelt, nur weil sie religiöse Aktivitäten ausüben. Auch die Verhaftung von Tibetern wegen des Aufbewahrens von Fotos seiner Heiligkeit des Dalai Lama geht unvermindert weiter.

Der Aufenthaltsort des elften Panchen Lama, Tenzin Gedun Yeshe Thinley, ist nach seiner Entführung durch die chinesischen Behörden im Jahr 1995 immer noch unbekannt. Die tibetische Zentralverwaltung wird alle Anstrengungen unternehmen, um die sofortige Freilassung des elften Panchen Lama und anderer tibetischer politischer Gefangener zu erreichen, und um fortgesetzte Unterstützung durch die Regierungen, Menschenrechtsorganisationen und Einzelpersonen bitten. Wir danken allen, die in dieser Advocacy-Kampagne die Initiative ergreifen.

Das Gesetz der Volksrepublik China über die nationale regionale Autonomie sieht vor, dass der Vorsitzende und der stellvertretende Vorsitzende des Regionalkongresses, der Oberstaatsanwalt und der stellvertretende Oberstaatsanwalt der Volksstaatsanwaltschaften, der Präsident und der Vizepräsident des Volksgerichtshofs der Gebiete mit nationaler Autonomie, Leiter der autonomen Regionen, Präfekturen und Kreise sollten diejenigen der Nationalität sein, die die regionale Autonomie in diesem Gebiet ausüben. In der sogenannten Autonomen Region Tibet beträgt die Vertretung der Tibeter in der Führung auf Bezirks-, Präfektur- und Regionalebene jedoch nur knapp 43 %. Und wenn man die etwa 80 % Tibeter, die machtlose Gremien wie die Politische Konsultativkonferenz des Chinesischen Volkes bilden, nicht berücksichtigt, wird der Prozentsatz der tibetischen Vertretung definitiv viel geringer sein. In der Gesamtführung der „TAR“ sind etwa 10 % sogenannte chinesische Kader, die Tibet unterstützen und aus China entsandt werden, was zeigt, wie viel Befugnisse die chinesische Regierung den Tibetern überträgt, um sich selbst zu regieren. In ähnlicher Weise wurden allein im letzten Jahr gegen etwa 139 tibetische Beamte der „TAR“ Ermittlungen eingeleitet und unter dem Vorwand der Gesetzesübertretung und Korruption entlassen. Viele vermuten, dass dies der etablierte Mechanismus der chinesischen Regierung ist, der darauf abzielt, die Fähigkeiten und das Potenzial der Tibeter zu unterdrücken. Der aktuelle Jahresbericht der sogenannten Volksstaatsanwaltschaft des Autonomen Gebiets Tibet weist die Ermittlungen einiger Fälle aus dem Jahr 1990 aus, und lässt aktuelle Verfahren völlig außer Acht.

Tibets Hauptstadt Lhasa wurde im vergangenen Jahr im Rahmen der Null-Covid-Politik über 100 Tage lang ununterbrochen streng abgeriegelt, was zu enormen Schwierigkeiten im täglichen Leben der Menschen führte, die einige zum Selbstmord trieben. Einige wurden auch festgenommen, weil sie Videos und Informationen über die Situation verbreitet hatten, und ihr Verbleib ist unbekannt. Aus Tibet sickenden Informationen zufolge starben nach der plötzlichen Aufhebung der Abriegelung im Dezember viele Tibeter aufgrund fehlender medizinischer Einrichtungen, da täglich eine große Anzahl von Leichen zum Krematorium getragen wurde. Die Büros der tibetischen Zentralverwaltung und der tibetischen Gemeinde hielten wöchentliche Gebetsgottesdienste für die Verstorbenen ab, und wir glauben, dass dies dazu beigetragen hat, die Pandemie zum Abklingen zu bringen.

Sich um das Wohlergehen zu kümmern und die Bestrebungen der Menschen zu respektieren, ist die Grundvoraussetzung für die Anerkennung einer Regierung. Wenn also eine Regierung offenkundig eine Politik der Auslöschung einer Nationalität umsetzt, dann haben die Menschen das natürliche Recht, gegen die Politik der Regierung zu protestieren und sich von der Regierung zu ihrem eigenen Schutz abzuwenden.

Die tibetische Zentralverwaltung hofft, einen einvernehmlichen Weg zu finden, um den zukünftigen Status Tibets auf der Grundlage der Politik des Mittleren Weges zu erörtern. In dieser Hinsicht sind wir bereit, mit der chinesischen Regierung zusammenzuarbeiten, um Gleichheit, Freundschaft, für beide Seiten vorteilhafte und dauerhafte Lösungen zu suchen. Darüber hinaus fordern wir die chinesische Regierung dringend auf, ihre falsche Politik der Auslöschung der tibetischen Identität sofort einzustellen.

Wir begrüßen die Wiedereinführung des überparteilichen Gesetzentwurfs zur Förderung einer Lösung des Tibet-China-Konflikts in beiden Häusern des US-Kongresses im letzten Monat durch den Vorsitzenden des Ausschusses für auswärtige Angelegenheiten des Repräsentantenhauses, Michael McCaul, den Kongressabgeordneten Jim McGovern, Senator Jeff Merkley und Senator Todd Young . Der Gesetzentwurf zielt darauf ab, eine Lösung für den Konflikt zwischen China und Tibet zu finden und gleichzeitig den wahren historischen Status Tibets und die Dringlichkeit der Situation anzuerkennen. In ähnlicher Weise verabschiedete das kanadische Parlament am 14. Dezember 2022 einstimmig eine Resolution, in der es den Ansatz des Mittleren Weges befürwortet und die Wiederaufnahme eines Dialogs zwischen den tibetischen Vertretern und der chinesischen Regierung

unterstützt. Die Neubelebung der Entschlossenheit des tibetischen Volkes, die Verabschiedung des Gesetzentwurfs und der Resolution werden der Politik des Mittleren Weges als Win-Win-Lösung für den chinesisch-tibetischen Konflikt sicherlich einen bedeutenden Einfluss verleihen.

Seine Heiligkeit der Dalai Lama betont die Kultivierung von Liebe, Mitgefühl und Sorge um das Wohlergehen anderer mit einem Gefühl der Einheit der Menschheit. Wenn wir seinen Rat in unserem täglichen Leben praktizieren können, wird er sicherlich die Feindschaft in dieser vom Krieg verschlungenen Welt befrieden und die Probleme von Naturkatastrophen, Pandemien und Hungersnöten überwinden.

Seine Heiligkeit der Dalai Lama ist nicht nur der Beschützer und Symbol Tibets und des tibetischen Volkes, sondern auch ein beispielloser Führer, der auf der ganzen Welt für sein Engagement für die Förderung menschlicher Werte, religiöser Harmonie, die Bewahrung der buddhistischen Kultur Tibets und die Wiederbelebung des alten indischen Wissens verehrt wird. Wir werden den unbegründeten Anschuldigungen der chinesischen Regierung, Seine Heiligkeit den Dalai Lama als Separatisten zu bezeichnen, und jedem Versuch, den wertvollen Dienst Seiner Heiligkeit für die Welt zu behindern, entschieden entgegenzutreten. Darüber hinaus wird die chinesische Regierung den Schlüssel zur Lösung des chinesisch-tibetischen Konflikts verlieren, wenn sie das historische Band zwischen Seiner Heiligkeit dem Dalai Lama und dem tibetischen Volk und die Realität der gegenwärtigen Situation nicht positiv anerkennt.

Ich möchte diese Gelegenheit nutzen, um die aufrichtige Dankbarkeit und Wertschätzung des tibetischen Volkes gegenüber Indien für die Bereitstellung einer zweiten Heimat für Exiltibeter und seine unerschütterliche Unterstützung auszudrücken. Ebenso gegenüber den Vereinigten Staaten und anderen Regierungen, gegenüber den parlamentarischen Tibet-Unterstützungsgruppen, einschließlich der neu gebildeten in Mexiko und Spanien im Anschluss an die Achte Weltparlamentarier-Konvention zu Tibet. Gegenüber Tibet-Unterstützergruppen und Einzelpersonen, die Wahrheit und Gerechtigkeit unterstützen. Wir danken auch den Tibeter Gemeinschaften, den freiwilligen Advocacy Gruppen und Nichtregierungsorganisationen für ihre Advocacy-Kampagnen.

Abschließend bete ich für das lange Leben Seiner Heiligkeit des Dalai Lama und die gleichzeitige Erfüllung all seiner Wünsche. Möge die Wahrheit über Tibet sich bald durchsetzen und sich Frieden auf der ganzen Welt ausbreiten.

Der Kashag

10. März 2023